

**18**

**85**

# Union in Deutschland

Bonn, den 16. Mai 1985

Helmut Kohl:

## Aus der NRW-Wahl die richtigen Schlußfolgerungen ziehen

Bundeskanzler Helmut Kohl hat nicht die Absicht, nach der Niederlage bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen den Bonner Regierungskurs zu ändern und personelle Konsequenzen im Kabinett zu ziehen. „Ich bin ganz sicher, daß die Grundlinie unserer Politik richtig ist“, erklärte er am Montag nach der Sitzung des Präsidiums und des Bundesvorstandes. Er äußerte die feste Überzeugung, daß die Union gute Chancen bei der Bundestagswahl 1987 haben werde, wenn die Mehrheit der Wähler die Richtigkeit der in Bonn 1982 eingeleiteten Wende erkannt hätte, die angesichts der übernommenen Erblast ein „schwieriges Wegstück“ sei.

Der Kanzler kündigte eine offensivere Behandlung der politischen Schwerpunkte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Sicherung der Renten und Lösung der Probleme in der Agrarpolitik an. Nach seinen Worten sollen bis zur zweiten Jahreshälfte Überlegungen zur Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt angestellt werden. Bei den Renten gehe es angesichts der „Verleumdungskampagne“ der Sozialdemokraten darum, den Rentnern deutlich zu machen, wer ihnen die Renten gesichert habe und was für die Zukunft beabsichtigt sei.

**In dieser Ausgabe  
lesen Sie:**

### ■ WAHLEN

Das vorläufige amtliche Endergebnis und die Einzelergebnisse aus den Wahlkreisen der Landtagswahl am 12. 5. 1985

grüner Teil

Erklärungen von Helmut Kohl, Bernhard Worms und Kurt H. Biedenkopf zum Ausgang der NRW-Wahlen

Seiten 1—8

### ■ BUNDES- VORSTAND

Brandts verleumderischer Angriff auf Heiner Geißler zurückgewiesen

Seite 4

### ■ WOHNUNGSBAU

Eigenes Häusle künftig steuerfrei

Seite 9

### ■ KOMMUNEN

Appell an Städte und Gemeinden:

Jetzt kräftig investieren

Seite 11

### ■ CDU-EXTRA

Wortlaut der Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. 5. 1985 im Deutschen Bundestag

gelber Teil



# Wir haben unser Ziel nicht erreicht

**Vor der Presse in Bonn sagte der Kanzler: Wir haben heute — wie das nach allen Wahlen üblich ist — im Parteipräsidium und im Parteivorstand sehr eindeutig den Wahltag in Nordrhein-Westfalen analysiert. Er brachte uns eine schwere Wahlniederlage. Ich bin nicht bereit — niemand von uns ist bereit —, über dieses Thema hinwegzureden. Der Wahlsieger heißt SPD und hier vor allem Ministerpräsident Rau.**

Es ist den Sozialdemokraten ganz offensichtlich gelungen, in diesem Wahlkampf durch eine sehr personenbezogene Darstellung die Sachthemen, auch die gewichtigen Sachthemen in Nordrhein-Westfalen zurücktreten zu lassen. In dieser Personalisierung sehen wir einen entscheidenden Teil des Wahlsiegs der SPD. Unsere Freunde in Nordrhein-Westfalen haben mit der Führung der Bundespartei gemeinsam gekämpft mit einem erheblichen Einsatz — das gilt nicht zuletzt für die beiden Landesvorsitzenden, Bernhard Worms und Kurt Biedenkopf, aber auch alle anderen.

## Wir müssen unsere Wähler wieder zurückgewinnen

Wir — auch ich selbst — haben versucht, unser Möglichstes zu geben. Wir haben unser Ziel nicht erreicht. Bei einer Analyse der jetzt vorliegenden Zahlen, und das ist etwas wesentlich anderes als das, was gestern abend über Wählerströmungen zum Teil schon eine halbe Stunde nach Ende der Wahl dargetan wurde, zeigt sich die Problemstellung in zwei oder drei Zahlen: zunächst in der Veränderung der Wahlbeteiligung von 80 Prozent auf 75,3 Prozent am gestrigen Tag. Für unsere Wahlniederlage ist entscheidend, daß wir im Vergleich zur Wahl 1980 — ich nenne jetzt gerundete Zahlen — von 4240 000 Stimmen auf 3460 000 Stimmen abgesunken sind. Das ist eine Differenz von rd. 800 000 Stimmen. Demgegenüber haben die Sozialdemokraten — das ist der andere interessante Zah-

lenvergleich — von knapp 4 760 000 zugenommen auf gut 4 940 000. Das ist eine Zunahme von weniger als 190 000 Stimmen. Sie führt aber — wegen des insgesamt so groß gewordenen Abstands — zu dieser gewaltigen Distanz nach Prozents der abgegebenen Stimmen. Für uns heißt die Herausforderung bei künftigen Wahlen in Nordrhein-Westfalen — ob das Kommunalwahlen oder Landtagswahlen sind, ob das die nächste Bundestagswahl im Februar 1987 ist —, daß wir diese Wählerstimmen zurückholen. Wir sehen dabei eine gute Chance, wenn wir aus der Analyse, die wir natürlich noch intensiver vornehmen werden, die richtigen Schlüsse ziehen.

Ich habe gestern abend erklärt — ich will das heute hier wiederholen: Es gibt neben den ohne Zweifel vorhandenen landespolitischen Fragen nach dieser Wahl auch selbstverständlich Anfragen an Bonn, an die Bundesregierung. Wir haben mit dieser Wende der deutschen Politik, etwa bei der Konsolidierung des Haushalts, unseren Mitbürgern notwendigerweise erhebliche Opfer auferlegen müssen. Diese Opfer sind oft nicht verstanden worden. Die harten Maßnahmen waren zwar notwendig; das gilt heute genauso wie in der vergangenen Woche. Aber sie sind von vielen nicht hinreichend als notwendig erkannt worden. Hier haben wir einen deutlichen Nachholbedarf vor allem in jener Gruppe der Wähler, die ich eben angesprochen habe, die sicherlich auch in Zukunft durchaus bereit sind, CDU zu wählen, wenn sie die nötige Überzeugung von der Richtigkeit unserer Politik auch für ihr sehr persönliches Schicksal gewinnen.

## Drei Schwerpunkte: Arbeitslosigkeit, Renten, Landwirtschaft

In der Diskussion über das gestrige Ergebnis erkennen wir aus bundespolitischer Sicht vor allem drei Themenfelder.



**Es ist unübersehbar, daß mit dem wirtschaftlichen Aufschwung, der ja mit Ausnahme weniger Branchen deutlich erkennbar ist, der Stopp und der Abbau der Arbeitslosigkeit zeitlich nicht kongruent sein konnte. Das war zwar in keinem Wirtschaftszyklus anders, aber das hat sich gestern voll gegen uns ausgewirkt. Das wird auch eine wichtige Überlegung im Blick auf 1987 sein.**

Wir haben, zum zweiten, in der Frage der Renten einen Verleumdungsfeldzug sondergleichen — in einer Weise, wie wir es nur im Dezember 1982, Januar 1983 bei der damaligen Mietenkampagne erlebt hatten. Wir werden hier mit äußerster Konsequenz Aufklärungsarbeit betreiben und deutlich machen, wie die wirkliche Lage ist.

Und das dritte Feld: Es ist spürbar in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen — natürlich

## **Auseinandersetzung mit dem Anti-Amerikanismus der SPD wird verschärft**

Für die Bundestagswahl ergibt sich für uns natürlich schon aus der Wahlbeteiligung, die zu erwarten ist, eine völlig andere Perspektive. Ich denke, wir werden sehr wohl in der Lage sein, im Frühjahr oder im Februar 1987 auf imponierende Erfolge unserer Politik im Bereich der Wirtschaft, der Staatsfinanzen, der Renten, der Familien, des Umweltschutzes, der inneren Sicherheit hinzuweisen. Der Wahlkampf zur Bundestagswahl wird mit Sicherheit auch noch sehr stark bestimmt werden von der Entwicklung innerhalb der NATO im Zusammenhang mit den laufenden Abrüstungsverhandlungen. Und es wird vor allem mit den Sozialdemokraten zu einer großen Auseinandersetzung kommen, angesichts des steigenden Anti-Amerikanismus innerhalb der Sozialdemokratischen Partei. Wir sind fest entschlossen, trotz der schweren und herben Niederlage von gestern, diese Auseinandersetzung gerade auch an Rhein und Ruhr offensiv zu führen.

nicht im Ruhrgebiet, sondern im Münsterland oder in der Eifel und anderswo — daß sich die erhebliche Unruhe bei unseren Bauern, die wir insgesamt im Bundesgebiet beobachten, auch bei dieser Wahl negativ auswirkt. Die Erblast von vielen Jahren, die wir vorgefunden haben — und dazu gehört die Überproduktion der EG — läßt sich leider nicht in kurzer Zeit abbauen.

**Hier haben wir also eine ganze Reihe von wichtigen Konsequenzen zu ziehen, und wir werden sie auch ziehen. Wir sind uns darüber einig, daß für einen Erfolg im Februar 1987 — und das gilt übrigens auch 1986 für einen Erfolg der CDU in Niedersachsen und der CSU dann im Spätherbst in Bayern —, daß dafür die Koalition als Ganzes erfolgreich arbeiten muß und daß jedes Sich-Profilieren auf Kosten des Partners mit Sicherheit dem Ganzen abträglich sein wird.**

Ich weiß, daß dieses Wahlergebnis für unsere Freunde in Nordrhein-Westfalen auch menschlich bedrückende Perspektiven aufweist — ich will das ganz offen ansprechen. Als einer, der aus einem Partei-Kreisverband kommt, der seit vielen Jahren unter der Herrschaft einer SPD-Mehrheit lebt, habe ich eine sehr konkrete Vorstellung, welche Konsequenzen so etwas im innerparteilichen Leben hat. Gerade weil das so ist, sind wir fest entschlossen — die Bundespartei und auch ich ganz persönlich — gemeinsam mit den Freunden in Nordrhein-Westfalen das jetzt Mögliche zu tun. Bernhard Worms und Kurt Biedenkopf werden sicherlich gleich noch ein Wort mehr dazu sagen. Wir haben uns insbesondere nach den Erfahrungen, die wir gestern — einmal mehr, muß ich leider im Blick auf die Vergangenheit sagen — im Ruhrgebiet gemacht haben, vorgenommen, hier eine Reihe von sehr konkreten Veränderungen, auch von organisatorischen, vorzunehmen.



## ■ Bundesvorstand:

# Brandts verleumderischer Angriff auf Heiner Geißler zurückgewiesen

In der „Bonner Runde“ von ARD und ZDF, in der die Parteivorsitzenden zum Ergebnis der nordrhein-westfälischen Landtagswahl Stellung nahmen, kam es am Sonntagabend zu einem lautstarken Streit zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und SPD-Parteichef Willy Brandt, als dieser Heiner Geißler als den „schlimmsten Hetzer in diesem Land“ bezeichnete. Mit dieser unglaublichen Entgleisung beschäftigte sich auch der Bundesvorstand der CDU und gab folgende Stellungnahme ab:

**D**er Bundesvorstand weist die verleumderischen und beleidigenden Angriffe des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt gegen CDU-Generalsekretär Heiner Geißler mit aller Entschiedenheit zurück.

Wer einen demokratischen Politiker wie den CDU-Generalsekretär in Verbindung bringt mit dem Propagandisten des nationalsozialistischen Unrechtsregimes, verwischt bewußt den Unterschied zwischen legitimer und notwendiger Kritik eines demokratischen Politikers und den Verbrechen eines totalitären Demagogen.

Willy Brandt unternimmt mit diesen unverzeihlichen Ausfällen und Entgleisungen gegen den Generalsekretär der CDU den Versuch, von dem gefährlichen Anti-Amerikanismus der SPD ab-

zulenken und Kritiker dieser Politik der SPD zu verteuflern.

Willy Brandt zeigt mit seiner maßlosen Reaktion, daß der Generalsekretär der CDU mit seiner Kritik am Anti-Amerikanismus der SPD den Kern der Sache getroffen hat. Heiner Geißler hat mit seiner Kritik an der von der SPD betriebenen Verharmlosung der Sowjetunion und der gleichzeitigen politischen Kriminalisierung der USA die volle Unterstützung der CDU.

Willy Brandt will mit seinen unververtretbaren Anwürfen die Tatsache verschleiern, daß die Mehrheit der SPD inzwischen die Fähigkeit verloren hat zu erkennen, welche Werte wir verteidigen, wer diese Werte bedroht und wer unsere Freunde sind.

## Heiner Geißler zu Brandt

Ich halte den Vorwurf, daß die SPD die Sowjetunion verharmlost, deren Verbrechen verschweigt, die Vereinigten Staaten politisch kriminalisiert und langfristig den Austritt aus der NATO vorbereitet, ausdrücklich aufrecht.

Die maßlosen Ausfälle von Willy Brandt im Deutschen Fernsehen beweisen lediglich seine Wut über die frühzeitige Aufdeckung der neutralistischen Ziele der SPD.

Die CDU wird sich auch in Zukunft vom Vorsitzenden der SPD und der Sozialistischen Internationale nicht einschüchtern und davon ablenken lassen, die Wahrheit über die gefährliche Kursänderung der SPD zu sagen.



## ■ NRW-WAHL

Bernhard Worms:

# Es müssen auch organisatorische Entscheidungen getroffen werden

**Nach Helmut Kohl ergriff Bernhard Worms, der Vorsitzende der rheinischen Landespartei, das Wort und dankte — auch im Namen von Kurt Biedenkopf, Vorsitzender des Landesverbandes Westfalen-Lippe — dem Bundesvorsitzenden, dem Generalsekretär und der Bundespartei für die hervorragende Unterstützung im Wahlkampf. U. a. sagte Bernhard Worms:**

Ich kenne keinen Landtagswahlkampf in der Nachkriegszeit, wo so viele Freunde aus anderen deutschen Bundesländern uns geholfen haben. Wir haben 652 Veranstaltungen bestreiten können, wo Redner aus anderen Bundesländern sich uns zur Verfügung gestellt haben. Das Wahlergebnis bringt etwas mit sich, was man auch in einer noch so gut fundiert vorbereiteten Strategie nicht einkalkulieren kann und konnte. Wir haben Überhangmandate in einer solchen Zahl, daß, obwohl das Landeswahlgesetz uns nur 50 Reservelisten generell zubilligt, alleine die Reserveliste der CDU bis Platzziffer 64 zieht. Bei 88 Sitzen bedeutet das, daß wir fast zwei Drittel der derzeitigen Fraktion verlieren und durch neue Mitglieder ersetzen. Mit anderen Worten, es kommt eine ganze Reihe von wichtigen Aufgaben, die mit Führung innerhalb der Fraktion und auch innerhalb der Partei zu tun haben, auf uns zu.

**Zur Ausgangslage:** Wir mußten kämpfen als Angreifer, wir waren Opposition und

sind Opposition im Lande Nordrhein-Westfalen. Dabei hatten wir als Marschgepäck die Verteidigung der Bonner Politik und das brachte uns dazu, daß wir uns konzentriert haben auf einige wenige Sachschwerpunkte wie beispielsweise Staatsverschuldung, Das Problem der Erhaltungssubventionen im Revier, fehlender Mut, Neues zu wagen, und daneben als landespolitische Schwerpunkte die Familienpolitik und die Bildungspolitik. Das war, ist und bleibt auch nach unserer heutigen Einschätzung — die Debatte über die kommende Regierungserklärung wird das auch wieder zeigen — die objektive Lage im Lande.

## SPD ist den Sachfragen ausgewichen

Die subjektive Lage, das subjektive Bewußtsein des Wählers war allerdings völlig anders. Wir müssen heute feststellen, daß es der SPD geglückt ist, an der Spitze Johannes Rau, sich sehr viel stärker auf das subjektive Bewußtsein des Wählers einzustellen, nämlich auf die Frage, soll er Ministerpräsident bleiben oder soll ein neuer Ministerpräsident kommen. Die Zahlen sprechen eindeutig für Johannes Rau. Das hat die SPD im Wahlkampf eindeutig auch nach vorne getragen. Sie hat sich keiner einzigen Sachdiskussion gestellt. Man muß im Nachhinein auch sagen, daß es überhaupt nicht geglückt ist, Fachfragen oder Sachfragen in der heißen Phase des Wahlkampfes überzubringen, selbst das



Thema „Neue Armut“ ist in dem Sinne nicht übergekommen, ausgenommen Mieterhöhungen in den großen Genossenschaften, die wir ja in einem sehr starken Maße im Lande Nordrhein-Westfalen haben. Denken Sie bitte daran, daß wir überproportional hohen Mietwohnungsbau im Lande Nordrhein-Westfalen haben, daß dies alles irgendwo verbunden wurde im Unterbewußtsein mit Vorgängen, die mit der Wendepolitik in Bonn etwas zu tun haben.

Unser Versuch, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Verbindung zu bringen mit Aufschwung und damit der Wirtschaftspolitik, ist nicht geglückt, sondern sehr viel stärker ist die sozialpolitische Komponente, wie sie die SPD auch plakativ zum Ausdruck gebracht hat, „Politik muß wieder menschlich werden“, in weiten Teilen der Bevölkerung angenommen worden.

Der Bundeskanzler hat schon auf das hingewiesen, daß es uns nicht geglückt ist, unser eigenes Wählerklientel zu 100 Prozent zu mobilisieren. Wir sind allerdings davon ausgegangen, daß uns dies möglich sei, auch letzte und jüngste Hinweise aus Befragungen deuteten darauf hin, daß unsere eigenen Mitglieder mit 94 und 98 Prozent mobilisiert seien. Das Ergebnis ist allerdings ein anderes.

## „Ich stehle mich nicht aus der Verantwortung“

**Im Blick nach vorne:** Ich sage aus meiner Funktion als rheinischer Vorsitzender: Ich

stehle mich nicht aus der Verantwortung. Das heißt mit anderen Worten, ich resigniere nicht, ich werde die mir von der Partei übertragene Funktion nutzen, daß auch die organisatorischen Entscheidungen im Lande Nordrhein-Westfalen getroffen werden, die einfach notwendig sind, damit es auch ein NRW-Bild der CDU gibt. Das hat tiefgehende geschichtliche Wurzeln, das hat nichts mit den letzten vier Monaten oder mit den letzten fünf Jahren zu tun, auch, wenn das immer wieder gesagt wird.

Ich möchte doch hier ganz eindeutig feststellen: Dieser Wahlkampf ist zusammen vorbereitet worden zwischen Westfalen und Rheinland, zwischen Herrn Biedenkopf und mir. Wir haben eine großartige Unterstützung der Bundespartei dabei gewonnen und auch gefunden. Wir tragen auch beide die daraus resultierenden Konsequenzen im Sinne des Auftrages, den der Bundeskanzler uns auch mit Blick nach vorne mitgegeben hat eben in der Bundesvorstandssitzung, sprich: an die Arbeit. Neue Entscheidungen liegen vor uns. Die Bundestagswahl 1987 ist in 21 Monaten bereits da. Alles, was im Vorfeld dieser Bundestagswahl nunmehr zu geschehen hat, wird unsere Aufgabe sein und wir werden mit den Gremien unserer nordrhein-westfälischen Partei heute und spätestens auf den anstehenden beider Landesparteitagen in dieser Zielsetzung so diskutieren, daß wir sicherlich über Jahr und Tag hier auch zu einem sehr konkreten Ergebnis kommen werden.

## Ergebnisse der Landtagswahlen seit 1947

Partei	1947	1950	1954	1958	1962	1966	1970	1975	1980	1985
CDU	37,5	36,9	41,3	50,5	46,4	42,8	46,3	47,1	43,2	36,5
SPD	32,0	32,3	34,5	39,2	43,3	49,5	46,1	45,1	48,4	52,1
FDP	5,9	12,1	11,5	7,1	6,9	7,4	5,5	6,7	4,98	6,0
GRÜNE	—	—	—	—	—	—	—	—	3,0	4,6
Sonstige	24,6	18,7	12,7	3,2	3,4	0,3	2,1	1,1	0,4	0,8



## NRW-WAHL

Kurt H. Biedenkopf:

# Enthaltungen sind keine Bequemlichkeit, sondern ein politisches Signal

**Der westfälische Landesvorsitzende Kurt H. Biedenkopf ergriff ebenfalls das Wort und dankte zunächst Bernhard Worms für seinen riesigen Einsatz und würdigte besonders die rein physische „enorme Leistung“, in dem großen Bundesland Nordrhein-Westfalen an fast allen Stellen präsent zu sein. Dann wandte sich Kurt Biedenkopf der Analyse zu und führte u. a. aus:**

**D**ie Landtagswahl, abgesehen von den Schlußfolgerungen, die der Bundeskanzler und Bernhard Worms bereits gezogen haben, ist mit Sicherheit auch durch die starke Entpolitisierung, die gelungen ist, geprägt. Die Personalisierung, das Wir-Gefühl, die Grundtendenz, daß der Staat für die Probleme zuständig ist und die Bürger für ihre eigene Entfaltung, hat zu einer Entpolitisierung der Diskussion geführt, gegen die es außerordentlich schwierig ist, politische Argumente zur Geltung zu bringen. Vor allen Dingen aus der Opposition und das ist wahrscheinlich auch für zukünftige Wahlen nicht unwichtig. In dem Maße, in dem eine Landschaft politisch thematisch entleert wird, werden die Schwankungen größer. Wir haben ja enorme Schwankungen innerhalb der Wahlkreise in wenigen Jahren gehabt. Die Wählerschaft wird ambivalenter. Und dann müssen wir uns ganz sicher auch daran gewöhnen, daß Enthaltungen auch eine politische Demonstration sind, also das

Nichtwählen ist nicht nur eine Sache der Bequemlichkeit, sondern auch ein politisches Signal. Ganz zweifellos haben sehr viele potentielle CDU-Wähler an diesem Sonntag nicht gewählt, um ein solches Signal abzugeben, zu sagen: wir sind nicht zufrieden, ohne sich bereits für eine politische Alternative zu entscheiden.

Das Dilemma, in einem großen Bundesland aus der Opposition gegen die Landesregierung anzutreten, wenn gleichzeitig die eigene Partei in der Bundesregierung Verantwortung trägt, ist in Nordrhein-Westfalen besonders deutlich geworden. Angesichts der Größe des Landes (28 Prozent der Bevölkerung) gibt es in Nordrhein-Westfalen keine Landtagswahl, die frei von Bundespolitik ist. Die CDU in Nordrhein-Westfalen mit ihren rund 268 000 Mitgliedern setzt sich überwiegend aus Mitgliedern zusammen, die erst lernen müssen, die politische Verantwortung einer CDU-Bundesregierung mitzutragen. Die meisten Mitglieder haben das bis 1982 nicht gekannt. Und wir haben auch daraus ein erhebliches Problem bei der Mobilisierung gehabt. Trotzdem ist die Mobilisierung erstaunlich gut gelungen.

Letzter Punkt: wir haben in der nordrhein-westfälischen CDU erneut erkennen müssen, daß wir aus unserer Organisation in zwei große Landesverbände, die zudem noch die beiden größten der Bundespartei sind, negative Wirkungen haben. In der Dualität dieser beiden Parteien, also in der



Patt- und Paritätensituation, ist immer potentiell auch Konfliktstoff angesammelt und wir werden uns darüber unterhalten, wie wir das abbauen. Wir werden uns vor allen Dingen auch darüber unterhalten, wie wir die Teilung des Ruhrgebietes auf die beiden Landesverbände überwinden können. Einer einheitlichen Ruhrgebiets-Strategie steht die gegenwärtige Struktur eher im Weg. Das hat sich schon in den siebziger Jahren gezeigt und jetzt wieder. ■

## Die geringsten Verluste im Wahlkreis Krefeld 2

**Als überraschend hat das infas-Institut in Bad Godesberg den „Ausschlag des politischen Pendels“ bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen bezeichnet. In einer Wahlanalyse für die Deutsche Presse-Agentur kommt das Institut u. a. zu folgenden Schlußfolgerungen:**

Für Parallelen bei den großen Parteien muß man historisch weit zurückgehen. Das Ergebnis für die SPD lag mit 52,1 Prozent ganz klar über den bisher besten Marken von 1966 (49,5 Prozent) sowie der Bundestagswahl von 1972 (50,4 Prozent). Nordrhein-Westfalen liegt damit an der Spitze der sozialdemokratisch geführten Länder, noch vor Hamburg und Bremen mit je 51,3 Prozent. Johannes Rau konnte den Triumph Oskar Lafontaines an der

Saar von Anfang März noch um drei Punkte übertreffen.

Wie die Umfragen und die Wahlanalysen von infas im Auftrag der ARD zeigen, verstärkten sich in den letzten Tagen vor der Wahl einige Tendenzen und ergaben einen kräftigen Schub in Richtung auf die Regierungspartei. Das bremste den neuen Schwung der FDP, drängte die Grünen weiter an den Rand und löste schließlich eine Bewegung zwischen den Großen aus, die die CDU am Ende 6,7 Prozentpunkte kostete und der SPD 3,7 Prozentpunkte einbrachte, insgesamt ein „Pendelschlag“ von über 10 Punkten. Gegenüber der Bundestagswahl vom März 1983 betrug der CDU-Verlust sogar 8,7 und der SPD-Gewinn 9,3 Punkte.

Der Pendelschlag war nicht in allen Wahlkreisen gleich stark. Am schwächsten fiel er im Wahlkreis 59 (Krefeld 2) mit + 2,0 für die SPD und — 3,8 für die CDU aus; am kräftigsten im Wahlkreis 6 (Heinsberg 2) mit + 6,1 für die SPD und — 9,8 für die CDU. Es gab aber keinen Wahlkreis, der gegen den allgemeinen Trend gelaufen wäre. In sämtlichen 151 Wahlkreisen gab es Gewinne für die Sozialdemokraten; sie schwankten zwischen 1,4 Punkten (Essen 6) und 6,1 Punkten (Heinsberg 2). In sämtlichen Wahlkreisen gab es Verluste für die Christdemokraten; sie variieren von 3,8 Punkten (Krefeld 2) bis 10,4 Punkten (Mönchengladbach 2). ■

## Sitzverteilung in den Landtagen seit 1947

Partei	1947	1950	1954	1958	1962	1966	1970	1975	1980	1985
CDU	92	93	90	104	96	86	95	95	95	88
SPD	64	68	76	81	90	99	94	91	106	125
FDP	12	26	25	15	14	15	11	14	—	14
GRÜNE	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
ZENTRUM	20	16	9	—	—	—	—	—	—	—
KPD	28	12	—	—	—	—	—	—	—	—



## ■ WOHNUNGSBAU

# Eigenes Häusle künftig steuerfrei

**Die Bundesregierung will die steuerliche Förderung des Wohnens in den eigenen vier Wänden ab 1. Januar 1987 neu regeln. Die Besteuerung des selbstgenutzten Wohneigentums soll in Zukunft wegfallen. Dies ist eine wichtige Weichenstellung. Es geht um „weniger Staat“. Zugleich soll neben Sozialrente, Betriebsrente, Privatsparen und -versicherung das eigene Haus vermehrt als 4. Säule der Alters- und Lebensvorsorge treten.**

**D**ie heutige §-7b-Förderung wird verbessert. Die Obergrenze der Anschaffungs- oder Herstellungskosten für den fünfprozentigen Absetzungsbetrag wird von bisher 200 000 und 250 000 Mark (Mehrfamilienhaus) auf allgemein 300 000 Mark erhöht. Der von vornherein nur vorübergehend geltende Schuldzinsenabzug von bis zu 10 000 Mark für insgesamt drei Jahre fällt ab 1. Januar 1987 freilich weg.

Familien mit Kindern erhalten darüber hinaus während der achtjährigen Förderzeit einen Steuerabzug von 600 Mark je Kind und Jahr, und zwar künftig schon ab dem 1. Kind.

Die neue Förderung soll für das selbstgenutzte Wohneigentum gelten, das der Eigentümer ab 1. Januar 1987 herstellt oder kauft. Für vor diesem Zeitpunkt angeschafftes oder hergestelltes Wohneigentum, für das heute als Nutzungswert der Mietwert abzüglich aller Unkosten anzusetzen ist, gibt es eine Vertrauensschutzregelung. Für diese „Alt-Fälle“ wird die Neuregelung erst nach einer Übergangs-

frist von längstens 12 Jahren greifen, so daß plötzliche Schlechterstellungen für diejenigen, die noch nach altem Recht bauen oder kaufen, vermieden werden.

### Mietwert des eigenen Häusle geht Finanzamt nichts mehr an

Bisher wird der Nutzungswert einer Wohnung in einem völlig selbstgenutzten Haus pauschal in Anknüpfung an dessen Einheitswert besteuert. Der Nutzungswert einer selbstgenutzten Wohnung in einem sonst vermieteten Haus wird hingegen nach der Marktmiete bemessen. In der Bundesrepublik Deutschland leben fast zehn Millionen der etwa 24 Millionen Haushaltsgemeinschaften, das sind rund 42 Prozent, in den eigenen vier Wänden.

Mit dem Wegfall der Nutzungswertbesteuerung brauchen künftig die Steuerzahler unter ihnen dem Finanzamt keine „Einkünfte“ aus der selbstgenutzten Wohnung mehr zu erklären. Damit entfällt im Falle teilvermieteter Häuser auch der Streit mit dem Finanzamt über die Höhe des Mietwerts der selbstgenutzten Wohnung. Zahlreiche ältere Mitbürger, die nur deshalb beim Finanzamt „verwaltet“ werden, weil sie den Nutzungswert ihres inzwischen entschuldeten Hauses zu versteuern haben, werden nichts mehr mit dem Finanzamt zu tun haben. Der Rentner, der vielfach erst durch das Zusammentreffen von Nutzungswertbesteuerung und Ertragsanteilbesteuerung seiner Rente Steuern zahlen muß, wird künftig nicht mehr dafür „bestraft“, daß er sich ein schuldenfreies Häuschen erarbeitet hat. Der Hauptvorteil der geplanten Neuregelung liegt also weniger in einer massiven



## Die Konjunktur hat noch genügend Treibstoff

In der deutschen Wirtschaft überwiegen weiterhin die expansiven Kräfte. Nachdem die Aktivitäten zu Jahresanfang längere Zeit durch den ungewöhnlich strengen Winter gedämpft worden waren, erwartet die Bundesregierung, daß sich die gesamtwirtschaftliche Aufwärtsentwicklung im weiteren Verlauf des Jahres fortsetzt. Eine ähnliche Prognose hatten die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in ihrem jüngsten Gemeinschaftsgutachten abgegeben.

Nach Ansicht des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes hält die Konjunktur in der Bundesrepublik Deutschland im Frühjahr 1985 nach der kräftigen Steigerung im zweiten Halbjahr 1984 knapp das erreichte hohe Niveau. Belastend wirkte der witterungs- und auftragsbedingte Einbruch am Bau, die schwache Entwicklung im bauorientierten Handwerk und die nur mäßige Zunahme des privaten Verbrauchs.

Die ausgesprochen positive Grundstimmung hat nach Ansicht des Sparkassenverbandes durch die Hannover-Messe im April weiterhin Auftrieb erhalten. In diesem Jahr werden die realen Ausrüstungsinvestitionen nach den Berechnungen des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) erstmals wieder das Niveau von 1980 übersteigen.

Verbesserung der materiellen Förderung als vielmehr im verwaltungsvereinfachenden und bürgerfreundlichen Wegfall der Nutzungswertbesteuerung, und zwar für Alt-Fälle und Neu-Fälle. Dies ist die beste Form der dauerhaften Förderung des „erlebten Eigentums“.

### Jetzt bauen

Wer jetzt ein Haus oder eine Eigentumswohnung bauen oder kaufen will, stellt sich die Frage, ob er dies noch im laufenden Jahr und 1986 oder aber erst ab 1987 tun soll. Grob vereinfacht gilt:

— Wer ein Zwei- oder Mehrfamilienhaus bauen oder kaufen und eine Wohnung selbst nutzen will, für den dürfte das derzeitige Recht günstiger sein. Der volle Schuldzinsenabzug ist — bei der üblichen hohen Fremdfinanzierung — auch für die selbstgenutzte Wohnung dann noch für mindestens 12 Jahre möglich.

— Für Bau- oder Kaufwillige eines Einfamilienhauses oder einer Eigentumswohnung, die kein Kind haben, ist bis zu Her-

stellungen- oder Anschaffungskosten von 275 000 Mark ebenfalls die geltende Regelung (7b-Abschreibung und drei Jahre bis zu 10 000 Mark Schuldzinsenabzug) günstiger. Natürlich hängt auch einiges vom Anteil der Eigenmittel und damit von der Möglichkeit des Schuldzinsenabzugs ab.

— Hat die bau- oder kaufwillige Familie ein Kind, so schlägt die Neuregelung des Steuerabzugsbetrages von 600 Mark zu Buche.

Für die meisten bau- oder kaufwilligen Bürger gibt es deshalb keinen Grund, ihre Pläne aufzuschieben. Im Gegenteil: Die derzeitigen niedrigen Bau- und Immobilienpreise und Zinsen sollten Anreiz genug sein, nicht abzuwarten, sondern die Bau- oder Kaufabsicht planmäßig in die Tat umzusetzen. Tatsächliche oder vermeintliche Vor- oder Nachteile der jetzigen oder der späteren Ausgestaltung sind im Verhältnis zu anderen Gesichtspunkten häufig nicht so entscheidend. Und die Steuerfreiheit des Mietwerts gilt künftig ja für Neu- und Alt-Fälle.



## ■ KOMMUNEN

# Appell an Städte und Gemeinden: Jetzt kräftig investieren!

**Der Vorsitzende der KPV und Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt, hat an die Städte und Gemeinden appelliert, ihren neugewonnenen Finanzspielraum „noch stärker zu nutzen und bisher zurückgestellte Investitionen möglichst bald in Angriff zu nehmen“. Dies helfe der Bauwirtschaft und sichere Arbeitsplätze, meinte Waffenschmidt in Saarbrücken auf der Bundestagung der Kommunalkassenverwalter.**

**V**ordringlichen Investitionsbedarf sieht der Staatssekretär vor allem im Umweltschutz, bei der Bauunterhaltung, der Stadterneuerung und Wohnumfeldverbesserung. Waffenschmidt zeichnete ein äußerst günstiges Bild von der Finanzsituation der Kommunen. Im vergangenen Jahr hätten sie 1,4 Milliarden Mark mehr eingenommen als ausgegeben. Dieser positive Trend werde sich fortsetzen. Somit könnten viele Kommunen wieder verstärkt investieren. Die kommunalen Spitzenverbände schätzten das Plus bei den Sachinvestitionen von Städten und Gemeinden für das laufende Jahr auf rund eine Milliarde Mark. Die kommunalen Sachinvestitionen würden auf rund 32 Milliarden Mark ansteigen.

### 1. Die Finanzlage der Kommunen insgesamt hat sich in den letzten zwei Jahren entscheidend gebessert.

Im Jahre 1981 hatten die Kommunen mit 10,1 Milliarden DM noch das höchste Finanzierungsdefizit in der Nachkriegszeit.

Im Jahre 1983 betrug das Finanzierungsdefizit nur noch 1,2 Milliarden DM. Für 1984 hat es erstmals seit 1949 kein Finanzierungsdefizit mehr gegeben. Die neuesten Zahlen der Gemeindefinanzstatistik liegen jetzt vor. Es gab sogar einen positiven Finanzierungssaldo von über 1,4 Milliarden DM. Für 1985 wird eine Fortsetzung dieses positiven Trends erwartet.

Dieser Konsolidierungserfolg wäre sicher ohne strenge Ausgabendisziplin der Kommunen selbst und ohne die ständige Überprüfung der von ihnen selbst beeinflussten Ausgaben nicht möglich gewesen.

Die Erfolge in der Wirtschaftspolitik sind die besten Initiativen für die kommunale Finanzausstattung. 1984 konnten die Gemeinden z. B. rd. 3 Mrd. DM mehr an Steuern einnehmen als im Vorjahr, weil es wieder wirtschaftliches Wachstum gibt.

### 2. Die Gesamtentwicklung im kommunalen Bereich und die günstige Konjunkturprognose für 1985 stimmen optimistisch.

Viele Kommunen werden wieder in die Lage versetzt, verstärkt zu investieren; die kommunalen Spitzenverbände schätzen den Zuwachs der kommunalen Sachinvestitionen im Jahre 1985 auf rd. 1 Milliarde DM. Die kommunalen Sachinvestitionen werden auf rd. 32 Milliarden DM ansteigen. Hinzu kommt, daß die Gemeinden für Sachaufwand 1985 weitere 33 Mrd. DM ausgeben wollen. Darin enthalten sind mehrere Milliarden für Unterhaltungsaufwand an Gebäuden, der für die Bauwirtschaft viele Aufträge bringt.



### **3. Die Gemeinden haben klare Zusagen für ihre weitere Finanzausstattung:**

Die Kommunen dürfen auch weiterhin damit rechnen, daß die Bundesregierung zu ihrer Mitverantwortung für die Finanzausstattung der Kommunen steht. Bei Steuerrechtsänderungen, z. B. den Steuersenkungen 1986 und 1988, werden überproportionale Ausfälle der Länder und Gemeinden ausgeglichen, sofern die Entwicklung der Finanzausstattung von Bund, Ländern und Gemeinden dies begründet. Die Gewerbesteuergarantie, die Bundeskanzler Helmut Kohl den Kommunen gegeben hat, gilt unverändert: Weitere Eingriffe in die Gewerbesteuer stehen in dieser Legislaturperiode nicht zur Diskussion und kommen auch später ohne ein Konzept für die Neuordnung des Gemeindefinanzsystems, dem die Betroffenen zustimmen können, nicht in Betracht.

### **4. Die Initiativen der Bundesregierung zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung stärken die Möglichkeiten der Gemeinden und die kommunale Selbstverwaltung:**

a) Der 1. Zwischenbericht der Bundesregierung zur Entbürokratisierung beweist: In 144 Rechtsbereichen werden Verwaltungsverfahren abgekürzt, Auflagen beseitigt und Zuständigkeiten vom Bund an Länder und Gemeinden gegeben, damit Aufgaben schneller und bürgernah erledigt werden können. Weitere Initiativen sind in Vorbereitung.

b) Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Vereinfachung wohnungsrechtlicher Vorschriften macht 500 000 Akten bei Ämtern überflüssig. Noch 1985 wird das Bundeskabinett ein neues vereinfachtes Baugesetzbuch des Bundes vorlegen. Dadurch sollen rund die Hälfte der heutigen

Baunormen gestrichen oder wesentlich vereinfacht werden.

c) Mehrere Entscheidungen oberster Bundesgerichte, z. B. des Bundesverwaltungsgerichtes aus den letzten Monaten bekräftigen ausdrücklich Rechte und Zuständigkeiten der Gemeinden und damit der bürgernahen Behörden vor Ort. Vor wenigen Tagen erst haben in Karlsruhe Präsident, Vizepräsident und Richter des Bundesverfassungsgerichtes sowie der Präsident des Bundesverwaltungsgerichtes in einem sehr eingehenden und intensiven Gedankenaustausch mit der Unabhängigen Kommission für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung des Bundes nachdrücklich Rang und Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung für Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit und Verfassungsrechtsprechung hervorgehoben.

## **Bundesregierung Helmut Kohl hat die Finanzlage der Kommunen verbessert**

**Ziehen wir nach 2 1/2-jähriger  
Regierungsverantwortung  
der Bundesregierung Helmut Kohl  
Bilanz, so können wir feststellen:**

**1. Die Bundesregierung ist ihrer Mitverantwortung für die Finanzlage der Kommunen gerecht geworden.**

Sie hat die Politik der „Verschiebebahnhöfe“ der früheren Bundesregierung zu Lasten der Kommunen nicht fortgesetzt, sondern auf die Finanzlage der Kommunen Rücksicht genommen. Ihre erfolgreiche Politik der Wirtschaftsbelebung und Konsolidierung hat zusammen mit den eigenen Sparbemühungen der Kommunen zur Wiedergewinnung des finanziellen Handlungsspielraums bei sehr vielen Kommunen geführt. Die Autonomie der



Kommunen ist deutlich gestärkt worden. Wir haben in wichtigen Bereichen Erfolge, die vor 3 Jahren noch niemand erwartete. Die Bundesregierung verkennt im übrigen nicht, daß die Entwicklung nicht in allen Kommunen gleich positiv verlaufen ist und insbesondere Gemeinden in strukturschwachen Gebieten Probleme haben. Die Hilfe in solchen Fällen des notwendigen Finanzausgleichs zwischen den Gemeinden fällt jedoch in die Zuständigkeit der Länder, die mit dem kommunalen Finanzausgleich auch über das geeignete Instrumentarium verfügen.

## **2. Die Bundesregierung hat die Haushaltskonsolidierung zielstrebig vorangetrieben.**

Die Kommunen haben dabei vor allem bei den Personalausgaben profitiert. Diese stiegen im Jahre 1983 lediglich um 2,9 v. H. und im Jahre 1984 nur noch um 1,9 v. H. an. Die für 1985 festgelegten maßvollen Tarif- und Besoldungserhöhungen im öffentlichen Dienst werden zu keiner untragbaren Belastung der kommunalen Haushalte führen.

## **3. Die Bundesregierung hat den finanziellen Spielraum der Länder und Gemeinden durch die Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern verbessert.**

Der Bund verzichtet ab 1982 auf die Zahlung der sogenannten Kindergeldmilliarde durch die Länder. Außerdem wurde zum Ausgleich von Steuerentlastungsmaßnahmen und zur Verbesserung der Finanzen von Ländern und Gemeinden der Anteil der Länder am Umsatzsteueraufkommen von 32,5 v. H. im Jahre 1982 auf 34,5 v. H. erhöht. Die Länder erhalten dadurch zusätzliche Finanzmittel von jährlich über 3 Milliarden DM. Über den kommunalen Finanzausgleich fließen den Kommunen Mehreinnahmen mindestens in Höhe der

landesrechtlich festgelegten Verbundquote von über 20 v. H. zu, dies sind deutlich über 600 Mio. DM jährlich.

## **4. Die erfreuliche Folge der Wirtschafts- und Ausgleichsmaßnahmen für die Kommunen ist: Ihre Steuereinnahmen sind deutlich angestiegen, nämlich um 5,4 v. H. im Jahre 1983 und um 6,4 v. H. im Jahre 1984. Das für 1985 prognostizierte Wirtschaftswachstum läßt erwarten, daß sich dieser positive Trend fortsetzt.**

Die Bundesregierung hat die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert und damit die Wirtschaft wieder in Schwung gebracht. Im Jahre 1983 stieg das Bruttosozialprodukt um 1,3 v. H., im Jahre 1984 wuchs es doppelt so stark, nämlich um 2,6 v. H. Für 1985 hält der Sachverständigenrat sogar ein Wachstum von 3 v. H. für möglich. Zur Wirtschaftsbelebung war auch ein Eingriff in die Gewerbesteuer notwendig. Wie Sie wissen, ist die Hinzurechnung von Dauerschulden und Dauerschuldzinsen bei der Gewerbesteuer in zwei Stufen begrenzt worden. Die Bundesregierung hat es allerdings — und das ist entscheidend — nicht dabei belassen, nur eine für die Kommunen belastende Maßnahme zu beschließen. Vielmehr hat sie den Kommunen gleichzeitig einen selbstverwaltungsgerechten Ausgleich durch Senkung der Gewerbesteuerumlage gewährt, der den Verlust nicht nur ausgleicht, sondern den Kommunen in den ersten Jahren zusätzliche Einnahmen bringt.

## **5. Die solide Finanzpolitik des Bundes hat den Kapitalmarkt spürbar entlastet.**

Niedrigere Zinsen für die von ihnen aufgenommenen Kredite ist auch bei den Kommunen die positive Folge.

## **6. Die Bundesregierung hat eine Stabilitätspolitik eingeleitet, die im Jahre 1984**



**mit nur 2,4 v. H. zur niedrigsten Teuerungsrate sei 15 Jahren führte.**

Auch dies spüren die Kommunen täglich: Der Preisanstieg für die von ihnen nachgefragten Güter und Dienstleistungen ist so gering wie seit langem nicht mehr.

## **7. Mehrere sozialpolitische Entscheidungen der Bundesregierung helfen Bürgern und Gemeinden:**

Im Rahmen des wiedergewonnenen finanziellen Handlungsspielraums sind die Bundesleistungen für Arbeitslose verbessert worden: Der Anspruch auf Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer ab 50 Jahre, deren Arbeitslosigkeit erfahrungsgemäß überdurchschnittlich lange dauert, ist seit 1. Januar 1985 von bisher 12 auf 18 Monate verlängert worden. Außerdem erhalten arbeitslose Jugendliche im Alter von 18 bis 21 Jahre wieder Kindergeld.

**Die Verbesserungen werden die Kommunen finanziell entlasten, denn eine Reihe von Arbeitslosen wird ergänzende Hilfe nach dem Bundesozialhilfegesetz nicht mehr in Anspruch nehmen müssen.**

Ich halte dies für einen fairen Weg, der auch den Kommunen zeigt, daß sich der Bund auch ihnen gegenüber nicht aus seiner Verantwortung für die finanziellen Folgen der Arbeitslosigkeit stellen will. Sobald es die finanzielle Lage des Bundes zuläßt, wird über weitere Leistungsverbesserungen nachzudenken sein. Aber auch bei späteren Überlegungen sollte die bewährte Struktur der sozialen Sicherung bei Arbeitslosigkeit im Grundsatz nicht verändert werden.

**8. Für 1986 ist wieder eine Anhebung des Wohngeldes vorgesehen. Dadurch mindern sich die Aufwendungen, die die Kommunen im Rahmen der Sozialhilfe für die Kosten der Unterkunft aufzubringen haben, um rund 300 Mio. DM.**

**9. Mit einem Bündel arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen bekämpft die Bundesregierung die Arbeitslosigkeit als eine der Ursachen für den Anstieg der Sozialhilfeausgaben.**

■ Wir haben die im Arbeitsförderungs-gesetz vorgesehenen Möglichkeiten aus-ge-wei-tet. Die Mittel für Arbeitsbeschaffungs-maßnahmen, berufliche Bildung, Einglie-derungsbeihilfen, Winterbauförderung, be-ruflliche Rehabilitation und Leistungen für den Vorruhestand wurden gegenüber 1982 um 40 v. H. auf jetzt 11 Milliarden DM im Jahre 1985 erhöht. Dadurch werden 400 000 Arbeitsplätze geschaffen bzw. er-halten.

■ Wir haben die gesetzlichen Vorausset-zungen für tarifvertragliche Vorruhe-standsregelungen geschaffen, um älteren Arbeitnehmern einen vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand zu ermöglichen.

■ Wir haben den Arbeitsmarkt durch das Gesetz zur Förderung der freiwilligen Rückkehr von Ausländern entlastet. Viele Ausländer kehrten dadurch freiwillig in ih-re Heimat zurück.

■ Der Deutsche Bundestag hat vor kur-zem das Beschäftigungsförderungsgesetz verabschiedet, das vor allem die Mög-lichkeiten wesentlich erweitert, befristete Ar-beitsverträge abzuschließen. Wir gehen davon aus, daß dadurch und auch durch Abbau von Dauerüberstunden neue Ar-beitsplätze geschaffen werden und viele Arbeitslose die Chance zur Rückkehr in das Erwerbsleben erhalten.

Die bisher wirksam gewordenen Maßnah-men haben zusammen mit der eingeleite-ten Wirtschaftsbelebung dazu beigetra-gen, daß der Anstieg der Arbeitslosigkeit abgebremst werden konnte und Ansätze einer allmählichen Besserung erkennbar werden. Der temporäre Rückschlag durch den harten Winter ändert an dieser Trend-aussage nichts. Ich bin zuversichtlich, daß



es in diesem Jahr zu dem prognostizierten Rückgang der Arbeitslosenzahlen kommen wird.

#### 10. Zur Verbesserung der Situation der Pflegebedürftigen und ihrer Pflegepersonen hat die Bundesregierung im September 1984 ein Konzept vorgelegt.

Sie schlägt darin — entsprechend der Ankündigung in der Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 — ein Bündel von Einzelmaßnahmen zur Förderung der häuslichen Pflege und ambulanten Versorgung Pflegebedürftiger vor. Ziel dieser Maßnahmen ist, daß jeder, der in der häuslichen Umgebung gepflegt werden kann, die erforderlichen Hilfen erhält und so die Aufnahme in ein Heim solange wie eben möglich vermieden wird. Die Bundesregierung will damit auch den hohen Rang persönlicher Zuwendung und Hilfe verdeutlichen. Nach ihrer Auffassung ist es menschlich und vernünftig, daß Pflegebedürftige die Zuwendung ihrer Angehörigen erfahren und die sozialen Bindungen der Pflegebedürftigen durch Verbleiben in der gewohnten Umgebung erhalten bleiben. Die Bundesregierung will damit zugleich auch die Kostenträger für die sehr kostenträchtige stationäre Pflege — insbesondere die Kommunen — entlasten.

Die Einführung einer Pflegeversicherung bzw. eines Bundespflegegesetzes schlägt die Bundesregierung aus finanz- und sozialpolitischen Gründen nicht vor. Die dadurch bedingten zusätzlichen Belastungen können gegenwärtig weder den Sozialversicherungspflichtigen zugemutet noch vom Bund aufgebracht werden. Vor allem würden bei einer Pflichtversicherung die Arbeitskosten erhöht, was nicht hilfreich ist, um Arbeitslosigkeit schrittweise abzubauen. Ausdrücklich begrüßen möchte ich, daß Versicherungen Angebote für private Pflegeversicherungen unterbreiten.

## ■ INFORMATION

### Erfolg für die DC – Niederlage für die Kommunisten

Aus den Kommunal-, Provinzial- und Regionalwahlen in Italien ist die Democrazia Cristiana (DC) als Sieger hervorgegangen. Sie verbesserte ihre Position gegenüber den Europa-Wahlen vom vorigen Jahr von 33 auf 34,7 Prozent und erreichte damit wieder die unangefochtene Spitzenposition im italienischen Parteienspektrum.

Besonders bemerkenswert ist aber auch die massive Schlappe, die Italiens Kommunisten hinnehmen mußten. War es ihnen bei den Europa-Wahlen gelungen, die Democrazia Cristiana knapp zu überholen, so mußten sie diesmal einen Verlust um fast vier Prozentpunkte hinnehmen und sanken bis zur 30-Prozent-Grenze.

Da außer der DC auch die anderen, kleineren Partner der Regierungskoalition gut abschnitten, kommt dem italienischen Wahlergebnis eine überregionale Bedeutung zu. Es stärkt die Regierung und die sie tragenden Parteien sowohl nach innen wie nach außen.

Aus europäischer Sicht ist dies, unmittelbar vor dem Mailänder Gipfel, besonders erfreulich. Die DC ist eine der tragenden Europaparteien. Der maßgeblich von ihr beeinflusste pro-europäische Kurs der gegenwärtigen Regierung in Rom wird dazu beitragen, daß auf dem Mailänder Gipfel echte Fortschritte zum Ausbau der Gemeinschaft und auf dem Weg zur Europäischen Union möglich werden. Das italienische Wahlergebnis bedeutet eine sehr gute Nachricht für alle Europäer, stellt Egon Klepsch, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, fest.



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
5300 BONN 1

## ZITATE

### Kalkulierte Entgleisung

Einigermaßen konsterniert war die Fernsehna-tion am Sonntagabend Zeuge, wie erregt Willy Brandt reagierte, als der Bundeskanzler ihm und seiner Partei in einem eher beiläufig hingeworfenen Satz „primitiven Anti-Amerikanismus“ vorwarf. Das hatte eine Eskalation zur Folge, die zunächst eine Wendung ins Skurrile zu nehmen schien, als Brandt sagte, so könne man eine Partei nicht behandeln, die in Nordrhein-Westfalen die Mehrheit habe. Aber dann folgte eine böse Entgleisung: Der SPD-Vorsitzende zog eine Verbindungslinie von Goebbels zu Geißler. Das war, ungeachtet mancher harten Attacken Geißlers in der Vergangenheit, ein infames Wort. Für dünne Nerven ist Brandt eigentlich nicht bekannt; und diese Entschuldigung würde auch eher für den Wahlverlierer als für den Wahlsieger jenes Abends taugen.

Brandt, so wird behauptet, habe unmittelbar vor seinem Fernsehauftritt noch eine Meldung gelesen, wonach Geißler für 1987 „eine klare Auseinandersetzung über den außenpolitischen Kurs der SPD“ ankündigte. Das war wohl der Auslöser; und was auf dem Bildschirm nach

großer Aufregung aussah, war in Wirklichkeit offenbar ein wohlkalkulierter Gegenschlag.

FAZ, 14. 5. 1985

Am Gegen-Amerikanismus Brandts gibt es allerdings nichts zu deuten: Handelt es sich um Nährrüstung und Weltraumverteidigung, um Genf, die Dritte Welt und Nicaragua oder um das Verhältnis zur Sowjetunion — stets werden Reagan und seine Vereinigten Staaten schärfer getadelt als die Gorbatschow's und deren Imperium. Auf dem Höhepunkt der unglücklichen Bitburg-Diskussion äußerte Brandt Zweifel an der Kalkulierbarkeit der US-Politik. In New York. Auch das war hochprozentig.

Über Afghanistan verliert Brandt hingegen kein Wort. Für solche Fälle empfiehlt er „kühlen Kopf“; primitiver Antikommunismus schade nur. Man beobachtet also zwei Welten: Brandt preßt Kohl die als häßlich bezeichnete Physiognomie Reagans auf. Kohl drückt Brandt in die andere Richtung, so daß ein bißchen Gorbatschow durch die Züge scheint. Das mag noch zum parteipolitischen „Schlagabtausch“ gehören — Krach der Welten, nicht Krieg der Sterne. Goebbels-Vergleiche jedoch sind „Dum-dum“. Man könnte meinen, Brandt habe hochprozentig aus dem Gedächtnis verloren, wer der Joseph Goebbels eigentlich war.

Die Welt, 14. 5. 1985

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. \* 544 11 #. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühjhe, Eberhard Luetjohann, 380 500 00, Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 370 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

**UdD**